«USA wollen Zitrone ganz auspressen»

Jetzt wirds auch für die Zürcher Kantonalbank eng: Die amerikanischen Behörden haben das Finanzinstitut im Visier.
Keystone/Steffen Schmidt

FINANZPLATZ Die USA haben drei Mitarbeiter der Zürcher Kantonalbank angeklagt. Ein zweiter Fall Wegelin drohe nicht, sagt Finanzexperte Peter V. Kunz. Eine Globallösung für die Schweizer Banken kann er sich indes kaum vorstellen.

INTERVIEW HANS-PETER HOEREN
hans-peter.hoeren@luzernerzeitung.ch

Zum wiederholten Mal nehmen US-Behörden kurz vor Weihnachten eine Schweizer Bank ins Visier. Ist das die amerikanische Art von Bescherung?

Peter V. Kunz (lacht):* In den USA gibt es den Begriff des Partycrashers. Das sind Leute, die eine Party stören. Ich denke aber nicht, dass das damit zusammenhängt. Die letzten Tage vor Weihnachten sind erfahrungsgemäss oft eine eher nachrichtenarme Zeit, da erfahren solche Klagen wie jetzt aus den USA eine maximale Aufmerksamkeit.

Die New Yorker Staatsanwaltschaft hat drei Banker der Zürcher Kantonalbank (ZKB) wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung angeklagt. Das Prozedere kennt man von der mittlerweile verkauften Schweizer Bank Wegelin. Droht der ZKB ein ähnliches Schicksal?

Kunz: Wie die ZKB heute noch einmal versichert hat, war sie lediglich Depotbank für amerikanische Kunden. Das heisst, diese Kunden hatten lediglich ein Lohn- oder ein Sparkonto. Die Bank hat diese Kunden nicht weitergehend beraten oder ihnen irgendwelche steueroptimierten Produkte verkauft oder gar Stiftungen gegründet. Bei der ehemaligen Bank Wegelin war die Ausgangslage hingegen anders, sie hat von der UBS anscheinend bewusst amerikanische Kunden abgeworben, die Steuern hinterziehen wollten.

Wie ist die ZKB denn dann überhaupt ins Visier der US-Behörden geraten?

Kunz: Im Rahmen von Amnestieprogrammen haben US-Kunden verschiedene Schweizer Banken bei den Steuerbehörden verraten. Darunter waren bestimmt auch ZKB-Kunden.

Aber warum, wenn die ZKB für US-Kunden nur Depotbank war?

Kunz: Die amerikanischen Kunden haben wohl jede Bank angegeben, selbst wenn es sich nur um eine Depotbank handelte. Ich bin mir sicher, dass die New Yorker Staatsanwaltschaft nicht viel gegen die ZKB in der Hand hat. Man will den Druck auf die ZKB und die Schweiz erhöhen. Die ZKB ist die drittgrösste Bank der Schweiz. Und sie hat eine Staatsgarantie. Jeder Zürcher, der von der Anklage liest, wird nervös. Das ist das Kalkül der Amerikaner. Letztlich setzen die USA darauf, dass einer dieser Banker die ZKB schwer belasten könnte. Nach dem Fall Bradley Birkenfeld bei der UBS hoffen die USA jetzt auf einen Whistleblower bei der ZKB.

Wann würde der Zürcher Kantonalbank eine Klage drohen?

Kunz: Zum einen müssten ZKB-Mitarbeiter Kunden konkret bei der Steuerhinterziehung geholfen haben. Selbst in diesem Fall wäre das aber in erster Linie ein Problem für die Mitarbeiter. Einzelfälle würden für eine Klage gegen die Bank nicht ausreichen. Wären die Vergehen aber systematisch und konspirativ erfolgt, dann hätte die Bank ein Problem.

Wie passen diese neuerlichen Muskelspiele zu den laufenden Verhandlungen über eine Beilegung des Steuerstreits?

«Nach Bradley Birkenfeld bei der UBS hoffen die USA jetzt auf einen Whistleblower bei der ZKB.»
PETER V. KUNZ, WIRTSCHAFTSEXPERTE

Kunz: Wir Schweizer neigen dazu, zu glauben, was die direkten Ansprechpartner sagen. In den USA aber gibt es eine Vielzahl von unterschiedlichen Behörden, die sich nicht unbedingt miteinander abstimmen. Wenn das Finanzministerium beispielsweise dem Schweizer Bundesrat eine Zusicherung macht, gilt die Entwarnung nicht für die Staatsanwaltschaften verschiedener Gliedstaaten.

Wie soll unter diesen Bedingungen ein Vergleich, sprich eine Globallösung, für 13 Schweizer Banken ausgehandelt werden?

Kunz: Dieser Globalvergleich wird nicht zu Stande kommen, weil in den USA zu viele Behörden und Personen involviert sind. Zudem werden die USA einer Lösung nicht zustimmen, solange die Zitrone nicht ausgepresst ist.

Was meinen Sie damit genau?

Kunz: Für die USA ist es viel interessanter, mit jeder einzelnen Bank individuelle Lösungen zu finden nach dem Modell der UBS. Ich bin mir sicher, dass die Banken parallel im Hintergrund auch daran arbeiten.

Wie könnte so eine individuelle Lösung aussehen?

Kunz: Jede Bank müsste eine Millionenbusse zahlen und versprechen, sich zu bessern. Die USA würden natürlich auch Bankkundendaten verlangen.

Wann hat der Steuerstreit mit den USA endlich ein Ende?

Kunz: Das ist heute völlig unabsehbar. Ich gehe davon aus, dass es nicht allzu bald sein wird. Was für die Schweiz positiv ist, ist die Wiederwahl von Präsident Obama, denn dadurch behalten die Schweizer Verhandlungsführer dieselben Ansprechpartner in den USA.

HINWEIS

* Peter V. Kunz (47) ist Ordinarius für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern und ein ausgewiesener Kenner des Schweizer Finanzplatzes.

ZKB-Mitarbeiter am Pranger der US-Justiz

USA Die amerikanischen Justizbehörden verstärken den Druck auf die Schweiz: Am späten Mittwoch hat der New Yorker Bundesstaatsanwalt Preet Bharara die Anklageerhebung gegen drei Mitarbeiter der Zürcher Kantonalbank (ZKB) publik gemacht. Die namentlich genannten Angestellten sollen amerikanischen Steuerzahlern dabei geholfen haben, Guthaben von mehr als 420 Millionen Dollar (383 Millionen Franken) vor dem US-Fiskus zu verstecken. Die grösste Schweizer Kantonalbank nahm die Anklageschrift gestern in einer dürren Stellungnahme «zur Kenntnis». Bei den Angestellten handle es sich um «zwei aktive und einen ehemaligen Mitarbeiter der Bank», teilte die ZKB mit. Aufgrund der laufenden Untersuchung des Justizministeriums gegen das Schweizer Finanzinstitut könnten aber zu den Vorwürfen gegen die Angestellten «gegenwärtig keine Angaben gemacht werden». Die ZKB-Mitarbeiter, für die die Unschuldsvermutung gilt, wohnen gemäss Anklageschrift in der Schweiz. Sie befinden sich auf freiem Fuss.

Tarnnamen: «Kakeycat»

Die Vorwürfe, zusammengefasst in einer 33 Seiten umfassenden Anklageschrift, folgen dem mittlerweile in der Schweiz (und in den USA) bekannten Muster: Demnach unterstützten die drei ZKB-Mitarbeiter ihre amerikanischen Kunden aktiv bei ihren Bestrebungen, die Steuerbehörde IRS (Internal Revenue Service) hinters Licht zu führen. Dabei griffen Banker und Kunden auch auf einfallsreiche Tarnnamen («Kakeycat»), Briefkastenfirmen und Stiftungen in Liechtenstein zurück – zu einem Zeitpunkt, als sich auf dem Finanzplatz Schweiz herumgesprochen haben sollte, dass die amerikanische Justiz solche Manöver nicht mehr goutiert. Mehr noch: Einer der drei ZKB-Angestellten, der einen US-Pass besitzt, soll sich gar nach Amerika begeben haben, um dort Klienten zu beraten. Die meisten der aufgelisteten Vorwürfe ereigneten sich in den Jahren 2008 und 2009, als die UBS bereits mit ähnlichen Praktiken in die Schlagzeilen geraten war.

Die ZKB ist in der Anklageschrift namentlich nicht genannt: Die Rede ist bloss von einer «gewissen Schweizer Bank» oder von «Swiss Bank No. 1». Das Zürcher Staatsinstitut hatte aber bereits im September 2011 öffentlich eingeräumt, dass die amerikanischen Behörden wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehungen Ermittlungen eingeleitet hätten.

«Verhandlungen am Laufen»

In der gestern publizierten Stellungnahme heisst es, dass die ZKB «im Rahmen der schweizerischen Gesetzgebung mit den USA» kooperiere. «Die Bank unterstützt weiterhin die Bemühungen der Schweiz um eine einvernehmliche Lösung» des Steuerstreits. Diese beinhalten rund ein Dutzend Banken. Gemäss dem Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) «sind diese Verhandlungen weiterhin am Laufen». Details wollte SIF-Sprecher Mario Tuor gestern aber nicht verraten.

RENZO RUF, WASHINGTON
nachrichten@luzernerzeitung.ch

Im Visier

rom. **Nicht nur die Zürcher Kantonalbank ist unter Druck. In den USA sind derzeit gegen rund ein Dutzend Schweizer Banken Untersuchungen im Gang.**

CREDIT SUISSE Im Februar und Juli 2011 wurden insgesamt acht Angestellte der Credit Suisse durch den Bundesstaatsanwalt in Virginia an den Justizpranger gestellt – seither ist es ruhig um das Verfahren.

BASLER KANTONALBANK Die Zürcher Abteilung der Basler KB soll aggressiv Ex-Kunden der UBS an Bord geholt haben, als diese die Grossbank 2009 verlassen mussten.

JULIUS BÄR Derselbe Staatsanwalt, der gegen die Banker der Zürcher Kantonalbank klagt, hatte im Oktober 2011 Anklage gegen zwei Mitarbeiter der Privatbank Julius Bär erhoben.

HSBC SCHWEIZ Die Genfer Bank lieferte unter Druck der USA Kunden- und Mitarbeiterdaten aus. Dafür wurde sie – wie die CS – von den eigenen Angestellten verklagt.

WEGELIN & CO. Im Januar 2012 wurden drei Wegelin-Banker angeklagt, drei Wochen später folgte die Anklage gegen die Bank. Dies brach der einst stolzen und ältesten Schweizer Privatbank das Genick.

PICTET Lange Zeit blieb es ruhig um das Genfer Traditionshaus. Im November 2012 gab die Bank Untersuchungen der US-Behörde zu.

LIECHTENSTEINISCHE LB Der Schweizer Ableger der Bank aus dem «Ländle» verkündete im Sommer, dass man voll und ganz mit den US-Behörden kooperiere.

WEITERE INSTITUTE Insgesamt stehen über ein Dutzend Banken mit Sitz in der Schweiz im Visier der USA. So etwa die nicht mehr aktive Neue Zürcher Bank, die Privatbank Frey sowie die israelischen Banken Leumi, Hapoalim und Mizrahi. Nicht mehr im Fokus steht die UBS. Sie hat sich im Jahr 2009 mit der Zahlung von 780 Millionen Dollar freigekauft.